

# Wilsdruffer Tageblatt

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Käppler

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Gründung durch den Wilsdruffer Kreis- und Tagelöhner-Verein am 1. März 1861. Derzeitiger Redakteur: Hermann Käppler. Druck: Wilsdruffer Druckerei.



Verantwortlicher Redakteur: Hermann Käppler. Druck: Wilsdruffer Druckerei.

Ersteinstellung

dem Jahre 1861

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentants Tharandt und des Finanzamts Rostitz.

Verleger und Druck: Richard J. Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käppler, für den Inserenten: Richard J. Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 54

Sonnabend den 4. März 1922.

81. Jahrgang

## Ämtlicher Teil.

Der 16. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung für die Stadt Wilsdruff vom 6. März 1915, Erhebung eines Zuschlags zur Gewerbesteuer betr., hat die oberbehördliche Genehmigung gefunden.

Der Nachtrag liegt zu jedermanns Einsicht 14 Tage lang in der Ratstanzlei (Zimmer 14) aus.

Wilsdruff, am 1. März 1922.

Der Stadtrat.

Lichtgeld für Februar 1922 ist spätestens bis zum 10. März an die Stadt Wilsdruff, am 3. März 1922.

Der Stadtrat.

Wir bitten höflich, Anzeigen bis vormittags 10 Uhr anzugeben.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

Dem Reichstag ist eine Denkschrift über die Reformen in der Post- und Telegraphenverwaltung zugegangen.

Bei den Senfer Verhandlungen erwartet man jetzt einen Schiedspruch Calonders nicht nur in der Liquidationsfrage, sondern auch in der Frage des Winklerbeschlusses und in der Währungsfrage.

Bei der Debatte der Postkonferenz über die Aufsichtskosten in Deutschland wurde von englischer Seite erklärt, daß eine Dauerkontrolle nur dann eingeführt werden könne, wenn die Städte Duisburg, Düsseldorf und Ruhrort geräumt werden.

Lloyd George hat wegen Differenzen innerhalb der Regierungskoalition mit dem Rücktritt vom Ministerpräsidenten gedroht.

Die baltischen Staaten wollen in Genoa ihre Neutralisierung fordern.

Der amerikanische Senat nahm mit 62 gegen 22 Stimmen den Vertrag über die Insel Yap an.

### Zwischen zwei Stühlen.

Nachdem auch die meisten führenden Entente-Politiker zum Teil recht wider Willen haben einsehen müssen, daß die Fortsetzung der Politik von Versailles weder zur Erfüllung der Wünsche beiträgt, die man damals in Paris und London mit Hilfe jenes unglücklichen Vorkriegsriedens verwirklichen zu können glaubte, noch weniger aber zur Lösung der gemeinsamen großen Aufgabe des europäischen Wiederaufbaues beiträgt, hat man sich drüben keineswegs zu dem klaren Entschluß aufgefaßt, nimmermehr endlich andere Wege zu betreten, sondern ist in eine Methode des Hin- und Herbewandens, des Vor- und Rückwärtschreitens, der Konferenzen ohne Beschlüsse und der Reden ohne Taten hineingekommen, aus der auch zurzeit noch kein Ausweg sichtbar wird. Die Ursache dieses Zwißpaltes liegt natürlich in erster Linie darin, daß einer der Hauptteilnehmer an den entscheidenden Beschlüssen über die internationale Politik, Frankreich, jeder Änderung der Versailler Methode den heftigsten Widerstand entgegensetzt, obwohl auch dort manche einsichtigen Wirtschaftspolitiker längst gemerkt haben, daß ein Wiederaufbau Frankreichs niemals mit einem völligen Zusammenbruch Deutschlands Hand in Hand gehen kann, und daß nicht die einseitige Gewaltpolitik gegenüber dem Besiegten, sondern nur internationale Zusammenarbeit auch einen neuen internationalen Aufschwung mit sich bringen kann. Viel stärker hat diese Erkenntnis in England Wurzel geschlagen. Aber auch dort ist man an führender Stelle nicht zu einer klaren Wendung und zu einem entschiedenen neuen Kurs übergegangen. Man möchte wohl, aber teils wagt man nicht, teils weiß man nicht wie.

Die Folgen dieser inneren Unwahrhaftigkeit und Unentschlossenheit bekommt jetzt derjenige Mann, der zur dauernden Entäußerung Deutschlands dieses ewige Schwanken allmählich geradezu personifiziert, am eigenen Leibe zu spüren. Der englische Ministerpräsident Lloyd George fühlt seit einiger Zeit den Boden unter seinen Füßen wanken. Den Standpunkt von Versailles, wo er mit Clemenceau und Wilson im Bunde die groteske Lüge von der alleinigen deutschen Kriegsschuld als Grundstein in das Gebäude des Versailler Diktates einmauerte, hat er auf Grund seiner Beobachtungen vom dauernden Niedergang der englischen Wirtschaft innerlich längst aufgegeben. In einer Reihe schöner Reden hat er sich auch zum Lobe und Preise einer vernünftigen Weltpolitik, eines „ehrlichen Spielens“ gegen Deutschland und der Aufrichtung eines wahrhaften dauernden Friedens ausgesprochen. Niemals aber hat er bis jetzt seinen Worten die entsprechenden Taten folgen lassen, und bei seinem Hin- und Herbewandern zwischen dem früheren und dem künftigen Standpunkt ist er jetzt in die peinliche Situation gekommen, in der er, wie man zu sagen pflegt, zwischen zwei Stühlen sitzt. Seine eigenen Landbesitzer sind nicht fernmütig genug, um ihn die Wilsfallen an solchen Kreuz- und Quersprüngen nicht auch denklieh fühlen zu lassen. Eine Reihe von Nachwahlen zum englischen Unterhaus, die in den letzten Monaten stattfanden, haben fast regelmäßig überraschende Mehrheiten gegen die Regierung Lloyd Georges ergeben, und mit wachsender Besorgnis blickt man in englischen Regierungskreisen auf die zunehmende Mäßigung in den verschiedensten Parteilagern, welche ganz geeignet erscheint, die starke Regierungskoalition, deren Grundlagen noch in die Kriegszeit zurückreichen, allmählich zu zerbröckeln. Die Anhänger der alten imperialistischen Politik, also diejenigen, die im wesentlichen noch auf

dem Standpunkt von Versailles stehen, können es dem Ministerpräsidenten nicht verzeihen, daß er in Irland und in Ägypten den so lange Zeit hindurch aufrecht erhaltenen reinen Machtstandpunkt der britischen Welt Herrschaft zum größten Teil aufgegeben hat. Die Vertreter fortschrittlicher, auf wirtschaftlicher Grundlage auf gebauter Ideen wiederum sind mit Herrn Lloyd George nicht einverstanden, daß er nach jeder seiner schönen Programmreden im entscheidenden Moment immer wieder dem jähren und zielbewußten Kollegen in Paris nachgegeben hat und damit jeden wirklichen Fortschritt unmöglich machte. Das Ergebnis der letzten Besprechung in Boulogne wird auch in England vielfach dahin ausgelegt, daß man nimmermehr von der Konferenz von Genoa kaum etwas anderes als eine neue geistvolle Rede, nicht aber wirklich nutzbringende gemeinsame Beschlüsse erwarten kann. Man nimmt daher an, daß, wenn nicht früher, so wohl spätestens nach der Konferenz von Genoa das Britische Reich nach einer jahrelangen inneren Stabilität ebenfalls wieder einmal in eine Regierungskrisis hineingeführt wird.

Lloyd George selbst ist sich über die Sachlage natürlich nicht im unklaren. Er hat dieser Tage an Chamberlain, der neben Balfour und Churchill in erster Linie als sein Nachfolger in Frage kommt, einen Brief geschrieben, in welchem er den Spiegel umdreht und sich darüber beklagt, daß er die demütigenden Verhältnisse, die durch die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierungskoalition geschaffen sind, nicht länger ertragen wolle. Er kündigte besonders den Führern des unionistischen Flügels der Koalition an, daß sie sich für die Alternative wählen müßten, entweder sei die Koalition vollkommen loyal, oder er trete als erster Minister und Führer der Koalition zurück. Das ist die offene Mährtritte drohung eines Mannes, der selbst stark die Gefahr seines Sturzes empfindet. Es fragt sich nur, ob Lloyd George noch Zeit haben wird, seine Drohung wahr zu machen, oder ob die unaufhaltsame Entwicklung der Dinge über ihn hinweggehen wird.

Von deutscher Seite soll gewiß nicht verkannt werden, daß Lloyd George derjenige gewesen ist, der die Gedanken einer Reform der Versailler Politik zuerst an verantwortlicher Stelle ausgesprochen hat. Es besteht aber bei uns kaum ein Grund, in Herrn Lloyd George einen besonderen Freund Deutschlands zu sehen, dessen politisches Ende man bei uns betrauern möchte. Seine haltlose Politik des Hin- und Herbewandens ist uns zeltweise fast ebenso teuer zu stehen gekommen wie die unerbittliche Rauhheit der Clemenceau und Poincaré, bei denen man sich in Deutschland jedenfalls niemals einer Läufung darüber hingab, was von ihnen zu erwarten war.

### Reformen im Postbetrieb.

Eine Denkschrift der Regierung. Dem in der Öffentlichkeit bestehenden Wunsch, über die allseitig als notwendig anerkannten Sparmaß- und Vereinfachungsmaßnahmen im Betriebe der Post- und Telegraphenverwaltung näheres zu hören, kommt eine Denkschrift des Reichspostministeriums an den Reichstag entgegen. Danach werden die bisher eingeleiteten und noch beabsichtigten Änderungen in Verbindung mit den Vereinfachungen des Geschäftsbetriebes im Ministerium selbst eine

Verringerung des Personalbestandes in absehbarer Zeit zur Folge haben. Ebenso wird im Verlauf späterer Jahre eine Verringerung der Oberpostdirektionen von 45 auf 35 möglich sein. Ferner bedarf die Frage, ob die Bahnpostämter, die die Beförderung und Bearbeitung der Posten in den Eisenbahnzügen zu besorgen haben, in der vollen Zahl noch nötig sind, einer Prüfung. Dagegen erscheint eine noch weitergehende allgemeine Einschränkung der Schalterdienzeiten, der Briefkastenleerungen und Bestellungen nicht für angängig. Der Postfuhrbetrieb, der enorme Ausgaben verschlingt, soll auf das unumgängliche Maß zurückgeführt werden, und zwar durch größere Inanspruchnahme der Straßenbahnen und durch den Kraftfuhrbetrieb, der leistungsfähiger ist und geringere Betriebskosten als die Verwendung von Pferden verursacht. Der Bahnpostbetrieb ist gegenüber der Vorkriegszeit erheblich eingeschränkt worden. Von erheblicher Bedeutung für die Höhe der Betriebskosten ist die Regelung des Nachdienstes. Auch hier ist eine Verringerung vorgesehen.

Die Verkehrsbeherrschung im Postbetrieb hat sich im Laufe der letzten Jahre erheblich gebessert. Den Bemühungen der Postverwaltung ist es gelungen, die Fälle des Abhandenkommens und der Verabgung von

Postsendungen allmählich bis auf ein Zehntel des Höchstumfanges während des Krieges einzudämmen. Die Arbeitszeit bedarf für den Bereich der Reichspost- und Telegraphenverwaltung noch einer ins einzelne gehenden grundsätzlichen Regelung, bei der die volle Heranziehung der Arbeitskraft ohne Durchbrechung der Grundlinien des Achtstundentages unter Vermeidung jeder Überanstrengung der Beamten sichergestellt werden muß. Die Denkschrift stellt schließlich fest, daß die bereits vorhandenen Vereinfachungen und Verbildungen in den Verkehrsrichtungen, im inneren Post-, Postfach-, Telegraphen- und Fernsprechnetz, in der planmäßigen Verringerung und Umgestaltung des Personals usw. eine Ausgabenverminderung um einige Milliarden Mark zur Folge gehabt hat.

### Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Die Vorkriegsaktien Deutschlands. Dem Vernehmen nach sollen die im Druck befindlichen deutschen Vorkriegsaktien nicht vor Ende April herausgebracht werden. Das Auswärtige Amt soll der Ansicht sein, daß es nicht gut sei, die Vorkriegsaktien vor oder während der Konferenz von Genoa zu veröffentlichen, weil sie dann die allgemeine Aufmerksamkeit des In- und Auslandes in geringerem Grade auf sich ziehen würden.

Aufhebung der Getreidezwangswirtschaft abgelehnt. Im Hauptausschuß des preussischen Landtages wurde der deutschnationale Antrag, der die Befreiung der gesamten Zwangswirtschaft auch im Vorkriegsgebiet verlangt, mit 16 gegen 13 Stimmen abgelehnt; vier Abgeordnete des Zentrums stimmten mit den sozialistischen Parteien gegen die Befreiung der Zwangswirtschaft. Mit 15 gegen 14 Stimmen abgelehnt wurde der sozialistische Antrag, der die Sicherstellung eines genügenden Prozentsatzes von Lebensmittel zu Preisen verlangt, der die Ernährung der minderbemittelten Bevölkerung gewährleistet. Verschiebung deutschen Viehs durch Jugoslawien.

Das Vieh, welches Deutschland auf Grund des Versailler Vertrages an Jugoslawien abliefern mußte, ist nicht nach Jugoslawien gekommen, sondern wurde von einer jugoslawischen Gesellschaft mit enormem Gewinn an die Schweiz weiterverkauft. Nachdem die Pariser Reparationskommission die weiteren Viehlieferungen daraufhin untersagt hatte, ist jetzt eine Vereinbarung zustande gekommen, daß Deutschland weiteres Vieh zu liefern hat, das aber im Lande selbst versteigert werden muß. An der Spitze der Gesellschaft, die das saubere Geschäft machte, stand ein Sohn des Ministerpräsidenten Bassich.

### Italien.

Annäherung zwischen Vatikan und Staat. Als Zeichen der fortschreitenden Verständigung zwischen dem italienischen Staat und der Kirche kann der Erlaß des Königs über staatliche Zuschüsse an die Geistlichen angesehen werden. Das Dekret enthält eine Anweisung an das Schatzministerium, außer den bereits durch das Dekret vom 19. September 1921 bestimmten 21 Millionen Lire der Administration des Kulturfonds für das Geschäftsjahr 1920-21 weitere 20 Millionen Lire und für das Geschäftsjahr 1921-22 17 Millionen Lire anzudeckeln.

### Japan.

Beginn der Abrüstung. Die japanische Regierung erließ eine Rundgebung, wonach sie gewillt ist, sämtliche in Washington übernommenen Verpflichtungen gewissenhaft zu erfüllen. Eine Verordnung des Kriegsministeriums befehligt die Einstellung aller begonnenen Befestigungsbauten sowohl im japanischen Mutterlande als auch auf den Inseln des Stillen Ozeans, soweit sie unter die Bestimmungen des Washingtoner Abkommens fallen. Die Schleifung der Festungswerke von Port Arthur wird in den nächsten Monaten vollendet sein.

Berlin. Nach der Meldung einer Korrespondenz hat Herr v. Jago, der gegenwärtig in Gosenow in Pommern seine Festungsstrafe verbüßt, seinen Verteidiger ersucht, das Wiederaufnahmeverfahren beim Reichsgericht in Leipzig zu betreiben.

Nam. Eine Depesche aus Balona besagt, man spreche überall mit großer Empfindung von dem Fürsten Wald als Anwärter auf den albanischen Thron, während die Kandidaten des Kandidaten Bonaparte geringer seien. Für Wald erklärte seine Bereitwilligkeit, zurückzutreten.

Wien. Am 23. April werden in Eupen und Naméd die ersten Gemeindevorwahlen nach belaischem Stills